

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,  
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60.

Abonnements-Verstellungen, Anzeigen etc. sind an  
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Pfg. (ohne  
Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband  
1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 36.

Berlin, den 8. September 1907.

8. Jahrgang.

## Kollegen, bezahlt pünktlich die Extrabeiträge!

### Inhaltsverzeichnis.

**Buchdruckerverband und christliche Gewerkschaften.** —  
Scharfmacher und die Arbeiterversicherung. — Mund-  
raub-Veränderung der Gewerbeordnung. Die Fahrpreis-Ermäßigung.  
— neue Schwindelkassen. — Eigenartige Ansichten. — Geschma-  
cklos das „Korrespondent“. — Ein weiteres Geheimniskabarett. —  
Katholische Bewegung. — Verbandsnachrichten. — Ruhr-  
Berlin. — Bochum. — Köln. — Düsseldorf. — St. Ingbert. — Duis-  
burg-Ruhrort. — Voittrop. — Kiel. — Bieringhausen. — Baumfälle.  
— Bekanntmachungen. — Versammlungskalender. — Sterbe-  
fälle. — Anzeigen.

### Buchdruckerverband und christliche Gewerkschaften.

Der Anchluss des Gutenbergbundes an den Gesamt-  
verband der christlichen Gewerkschaften hat in den Reihen  
des „freien“ Buchdruckerverbandes kein erfreuliches Echo  
finden können. Menschlich begreiflich ist solches immerhin,  
denn ein ernsthafter Konkurrent, und das ist der Guten-  
bergbund durch seinen Anschluss geworden, hat selten Ge-  
genliebe zu werden verstanden. Es mangelt daher auch  
nicht an scharfen Angriffen von Seiten des Buchdrucker-  
verbandes nicht nur gegen die christlichen Gewerkschaften  
klein, sondern gegen alle, welche in fernherer Zeit den  
Verband für eine neutrale Organisation hielten, obwohl  
der Generalkommission der sozialdemokratischen Ge-  
werkschaften angeschlossen war, und ihren ganzen Einfluss  
zur Durchführung des Tarifs sowohl als auch ihre An-  
sprüche demselben zuzuführen ausboten. Es ist eine all-  
gemein bekannte Tatsache, daß in diesem Sinne namentlich  
die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ in hervorragender  
Weise tätig war, obwohl es nicht an Mahnern zur Vor-  
sicht fehlte, welche auf die im Buchdruckerverband sich  
immer unerbittlicher zeigenden Strömungen hinwiesen.  
Die „Westd. Arb.-Ztg.“ bemühte sich eifrig, jene Be-  
strebungen zu gestreuen, und um den angegebenen Tendenzen  
gegenzutreten, sie unwirksam zu machen, forderte sie  
die christlichen Buchdrucker zu um so eifrigerer Mitarbeit  
im Verband auf. Der Grund des Eintretens für den  
Buchdruckerverband war für die „W. A.“ sowie für alle  
christlichen Gewerkschaftler der, weil sie in dem Verband  
eine wirklich neutrale Organisation, in der alle Buch-  
drucker ohne Unterschied der Anschauung vereinigt sein  
könnten, bekanntlich das Ideal aller Gewerkschaften, zu  
erhalten glaubten. Und ohne triftige Gründe eine Zer-  
stückelung herbeizuführen, ließe sich kaum rechtfertigen.  
Die „Westd. Arb.-Ztg.“ sowie alle christlichen Gewerks-  
chaftler, welche für den Buchdruckerverband eingetreten,  
haben eine herbe Enttäuschung erleben müssen, die um  
so bitterer wirken muß, als sie sich heute Vormütern von  
einem machen lassen müssen, welche sie ehemals für den  
Buchdruckerverband animierten. Das durfte sie aber nicht  
abhalten, den Schnitt zu vollziehen, zumal wir an einem  
Moment angelangt waren, der innerhalb kürzerer Frist  
die bereits bestehende Monopolstellung des Buchdrucker-  
verbandes zu einer absolut sicheren machen mußte. Dem  
Verband als alleinigen Vertragskontrahenten mußte ja  
auf Grund des abgeschlossenen Organisationsvertrages der  
Gang in die Röhre getrieben werden und wären dadurch  
die Konsequenzen der in den letzten Jahren mehr und  
mehr sich offen zeigenden Tendenzen geradezu unüber-  
sehbar geworden. Welcher Art dieselben waren, darüber  
sagt die „Westd. Arb.-Ztg.“ nachfolgende Auskunft:

Der Vorstand des Ortsvereins Ebersfeld forciert in einem  
Flugsblatt die Mitglieder auf, die sozialdem. Kandidaten zu  
wählen. (Ende 1905.)

Im August 1905 wurde der Schriftleiter Germann in  
Borms aus dem Verbanne ausgeschlossen, weil er sich in der  
christlich-nationalen Arbeiterbewegung betätigt hat.

Der Schriftleiter Klöver-Köln wurde ausgeschlossen, weil  
er für katholische Arbeitervereine und christliche Gewerks-  
chaften (den Hilfs- und Transportarbeiterverband) agitirte.

Der Schriftleiter Joh. Breddemann-Essen, vornehmlich für  
den Volksverein für das katholische Deutschland und die katho-  
lischen Arbeitervereine tätig, wird ebenfalls aus dem Verband  
gelassen.

Der Schriftleiter Joh. Treffert hatte sich erlaubt, in einer  
Verbandsversammlung in Essen anderer Meinung über die  
„Hoffen“ zu sein, wie seine Mitkollegen. Daraufhin wurden  
ihm auf einer bald folgenden Verbandsversammlung folgende  
Fragen vorgelegt: a) Wie gedenken Sie sich in Zukunft  
zu verhalten bezgl. der Agitation für christliche Gewerkschaften?  
b) Für welche Kandidaten gedenken Sie einzutreten bei der  
Kantonsratswahl? c) Für welche Kandidaten bei der Ge-  
werkschaftswahl? Treffert konnte natürlich diese Fragen  
nicht im Sinne des Inquisitionstribunals beantworten und  
wurde aus dem Verbanne ausgeschlossen.

Die hier genannten und ausgeschlossenen Verbandsmit-  
glieder haben nie Propaganda für eine andere Organisation im

Buchdruckgewerbe gemacht, im Gegenteil, sie haben an der  
Ausbreitung des Verbandes kräftig mitgewirkt. Klöver hat  
den Ortsverein Arnberg i. W. mitgegründet.

Am 6. August 1905 hat die Bezirksversammlung zu Neu-  
stadt a. S. des B.-V. sich mit der Frage beschäftigt, ob es Ver-  
bandsmitgliedern erlaubt wäre, einem katholischen Arbeiter-  
verein beizutreten. Hier Kollegen hatten sich nämlich dies  
Recht herausgenommen. Die Majorität der Versammlung  
war der Meinung, daß dies nicht zu gestatten sei; es müsse  
den Betreffenden ein „Entweder-Oder“ gestellt werden. Es  
sei zu bebauern, bemerkte bei der Gelegenheit ein Mitglied  
des Verbandes, daß organisierte Buchdrucker, die Pioniere der  
Arbeiterbewegung, noch Religion brauchen. Er sei Atheist  
und ein Buchdrucker müsse es sein. Nur dem energischen  
öffentlichen Protest der katholischen Arbeiterschaft ist es zu  
danken, daß jene Drohung nicht Wahrheit wurde. (Der Aus-  
schluß ist also nicht erfolgt.)

Im Februar 1906 forderte der Vorstand des Ortsvereins  
Nachen die Verbandsmitglieder auf, ein von der sozialdemo-  
kratischen Partei herausgegebenes und gegen die Zentrumspartei  
gerichtetes, also in Wahrheit parteipolitisches Flugsblatt  
(zur Stadtverordnetenwahl) mitzubringen. Es wurde Kon-  
trolle geführt darüber, wie die Sozialdemokraten wählen,  
so daß der Schriftleiter (zugleich sozialdemokratischer Kandidat)  
in der Kreisversammlung des Ortsvereins mit Stolz konsta-  
tieren konnte: „Die Buchdrucker Nachen haben tadellos  
(sozialdemokratisch) gewählt.“ — „bis auf wenige“ ergänzte ein  
anderes Vorstandsmitglied.

Bei der Steuer-Vererbegerichtswahl 1906 stand auf  
der Liste der christlichen Arbeiter u. a. auch ein Mitglied des  
Buchdruckerverbandes, Gustav Kranefeld. Raum war der Name  
öffentlich bekannt, so wurde K. bekrümmt, zurückzutreten. K.  
erklärte daraufhin: er persönlich bliebe gern auf der Liste,  
aber mit Rücksicht auf den Verband sei es besser, von ihm Ab-  
stand zu nehmen.

Am 17. Oktober 1906 wurde das Verbandsmitglied Paul  
Neuhöfer-Nachen aus dem Verband ausgeschlossen unter der  
Begründung: 1. soll N. Berichterstatter der „Westd. Arbeiter-  
zeitung“ sein, 2. wird vermutet, daß er Verbandsvorsitzer  
der Neutralitätsverlegung in einem Artikel bezichtigte. (S.  
oben.) Es wird vermutet, daß das Inquisitionsgericht Bei-  
hilfe in der Drucker der „Westd. Arb.-Ztg.“ gefunden.

Von zwei weiteren Fällen aus Freiburg i. B. fehlen  
nähere Details. Da soll es sich um den Ausschluß eines  
katholischen Verbandsmitgliedes handeln, das für die Erziehung  
berichtigung der christlichen Gewerkschaftsbewegung (allgemein)  
eingetreten, und um den Ausschluß eines weiteren Mitgliedes,  
das sich erköhnt hatte, einen Ausflug der „Christlichen“ mit-  
zumachen.

In mehreren Ortsvereinen sind die Mitglieder des Buch-  
druckerverbandes gezwungen worden, für die sozialdemokrati-  
sche Gewerkschaftspartei Beiträge zu zahlen. Zwar haben  
sich verschiedene Instanzen des Verbandes gegen derartige obli-  
gatorischen Beiträge erklärt. Aber die praktische Konsequenz  
des Obstehens der Opponenten war in dem gegebenen Falle  
doch die, daß die Opponenten herausgestoßen wurden und selbst  
erklärten, daß man es ihnen nicht zumuten könne, bei den in  
den Verbandsorganen gebräuchlichen Behandlungen weiter  
noch dem Verbanne anzugehören. (Koblenz, Köln.)

Das ist gewiß alles, nur keine Neutralität; der Buch-  
druckerverband zog eben die Konsequenzen aus seinem  
Verhältnis zur Generalkommission der sozialdemokrati-  
schen Gewerkschaften und die duldet bekanntlich keine  
andere neben sich als die auf dem Boden des Klassenkampfes  
Stehenden. Der Buchdruckerverband ließ auch ohne Protest  
sowohl die Neuzugung Böhmels in Stuttgart wie die  
jenige Legiens in Köln durchgehen. In Würdigung dieser  
Entwicklung schrieb ein Mitglied im „Korrespondent“:

... nach dem Kölner Gewerkschaftskongresse, wie ins-  
besondere nach dem Mannheimer Parteitage kann für eine  
neutrale Gewerkschaft kein Platz mehr in  
dieser General-Kommission sein. Als aufrich-  
tiger Sozialdemokrat kann ich also nur wün-  
schen, daß diese von keiner Seite, auch vom  
Verbandsvorstande nicht zu begründende  
Zwitterstellung aufgegeben wird. Entweder  
wir bleiben der Generalkommission ange-  
schlossen und geben das Odium der Neutra-  
lität auf, oder, wenn wir glauben, das nicht zu können, dann  
müssen wir die Konsequenzen aus der Neutralität ziehen und  
der Generalkommission fernbleiben.

Das war gewiß das Richtige getroffen, aber der  
Verband, der äußerlich als „neutral“ gelten will, tat  
nichts, um dieses auch durch die Tat zu beweisen. Warum  
solches nicht geschah, lehrt uns die Neuzugung Neuhöfers  
auf der sozialist. Staub aufwirbelnden Konferenz der Ge-  
werkschaftsführer im Februar 1906:

„Ich habe niemals geleugnet, daß ich auf dem Boden  
des Sozialismus stehe, ich habe mich auch nicht geäu-  
bert, bei der Agitation selbst in Rheinland-Westfalen das zu erklären.  
Ich habe wiederholt geschrieben, daß man sich auf den Stand-  
punkt stellen mußte, daß die kapitalistische Entwicklung der  
Weltzeit letzter Schluss sein mußte, wenn man nicht Sozialist  
wäre. Das hat wiederholt im „Korrespondent“ gestanden.  
Das Wort, daß Böhmels wiederholt geäußert hat, „Gewerks-  
chaften und Sozialdemokratie sind eins“ hat eine gewisse  
Berechtigung. Das habe ich auch vor kurzem in einer öffent-  
lichen Versammlung in Dresden gesagt.“

Ebenso die unabweisbare Aufschrift vom Oktober  
1905:

„Vor allen Dingen muß für uns die Parole gelten, den  
„Korr.“ zu benutzen und seinen Einfluß dahin geltend zu  
machen, allen schwankenden Elementen, welche noch der Mit-  
wirkung zur Bildung einer Ueberzeugung bedürfen, die sozia-  
listische Ueberzeugung einzupflanzen, und sie selbst bei vor-  
handenen bewährten Arbeiterpartei. (Ses: Sozialdemokratie)  
zuzuführen.“

Man fühlt sich eben innerlich mit der Sozialdemo-  
kratie verbunden, und nur taktische Gründe sind für die  
äußere Haltung maßgebend. Die Betätigung der Mit-  
glieder in anderem als sozialdemokratischem Sinne vor-  
sichtig unterbindend, das Gegenteil ebenso vorsichtig för-  
dernd; der engeren Verbindung mit der Generalkommission  
und der soziald. Partei und ihren Institutionen in den  
einzelnen Orten überläßt man die weitere Entwicklung,  
die nach ihrer Berechnung in vollständigem Aufgehen mit  
letzteren endigen muß.

Offen gestanden, solche Taktik ist raffiniert und  
daher viel gefährlicher als die der übrigen sozialdemokrati-  
schen Gewerkschaften. Nur war sie noch nicht vorsichtig  
genug, um nicht durchsichtig zu werden. Wenn trotzdem  
der Glaube an die Neutralität des Verbandes so stark  
war, so aus dem Grunde, weil christliche Gewerkschafts-  
führer und auch andere sich durch die Pämpe Neuhöfers  
mit einer Reihe von sozialdemokratischen Partei-  
funktionären haben täuschen lassen. Sie unterschieden  
nicht, daß es in diesen Kämpfen sich nicht um prinzipielle  
Fragen zwischen bürgerlicher und sozialistischer Auffas-  
sung handelte, sondern fast lediglich um solche letzter  
Art, vorwiegend aber taktische. Die persönlichen Kämpfe  
Neuhöfers gegen die Parteifunktionäre, welche ihm ganz  
besonders zugute gehalten wurden, haben daher auch  
nicht in der prinzipiellen Abweichung ihren Grund,  
sondern sind in taktischen Meinungsverschiedenheiten zu  
suchen, vor allem aber auch in dem Charakter jenes  
Mannes mit der „guten Personal-Registatur“.

Nach der geschilderten Entwicklung im Buchdrucker-  
verband sowie der gesamten sozialdemokratischen Gewerks-  
chaftsbewegung gab es kein anderes Mittel mehr, wollten  
die christlichen Gewerkschaften nicht jeden Einfluß im Buch-  
druckergerwerbe verlieren, als wie ein eigener christlicher  
Buchdruckerverband. Der Beitritt des Gutenbergbundes  
zum Gesamtverbande christlicher Gewerkschaften, welcher  
durchaus auf tarifreinem Boden steht, bot die geeignete  
Grundlage. Hinter denselben steht heute die gesamte  
christlich-nationale Arbeiterbewegung, und wird dessen  
Aufnahme in den Tarif im Januar erfolgen. Letzteres  
zu hintertreiben ist nun der Buchdruckerverband mit allen  
Mitteln bemüht, indem er denselben zu verdächtigen und  
als tarifunten hinzustellen sich bemüht. Der Verleum-  
dungsfeldzug wird nicht ruhen, er kennzeichnet nur seine  
Macher. Jetzt zeigt sich auch das wahre Gesicht des  
Verbandes gegenüber den christlichen Gewerkschaften, und  
das ist gut so. Klarheit ist immer von Vorteil, und  
Klarheit wollten wir. Der Buchdruckerverband ist heute  
als sozialdemokratische Gewerkschaft zu betrachten, er hat  
die Unfähigkeit, die er aus christlichen Kreisen erfuhr,  
schlecht gelohnt. Die Konsequenzen werden sich in der  
Zukunft zeigen. Für uns aber heißt es: Stärkung der  
christlichen Buchdrucker-Organisation, und das ist der  
Gutenbergbund.

### Die Scharfmacher und die Arbeiter- versicherung.

Es ist hin und wieder nützlich, die Stimmung der Scharf-  
macher über Sozialpolitik zu kennzeichnen, damit die Arbeiter  
sich nicht in eine falsche Sicherheit wiegen. Bei der gegen-  
wärtigen Geldknappheit auf dem Industriemarkt, die für ge-  
wisse Spekulant und Profitmacher ein Geminnis in ihrer Un-  
erfährtheit und Profitmacherei bedeutet, spielen sie neidisch  
auf die Gelder der Arbeiterversicherung. Die „Schlesische Zei-  
tung“, eine der rüdesten Scharfmacherzeitungen, bringt folgende  
Notiz:

„Die Berufsgenossenschaften haben bei ihrer Tagung in  
Mannheim wieder ihre Klagen erhoben über die zu große  
Ansammlung des ihnen geleglich auferlegten Reservefonds  
für die Unfallversicherung. Die 215 Millionen, die sie zwangs-  
weise aufgespeichert haben, entgehen natürlich dem Kapital,  
das sie zu ihren Betrieben brauchen. Beiläufig scheint sich die  
Reichsbehörde auch noch zum Schaden der Berufsgenossen-  
schaften zu verhalten. Die „Deutsche Volkswirtschaftliche Kor-  
respondenz“ hat neulich dem „Reichsregierungsrat“ Geh. Ober-  
regierungsrat Dr. Bedmann einen Fehler von 15 1/2 Millionen  
nachgewiesen. Das ist ein hübsches Stück Geld, zumal wenn es  
einem nachher in der Tasche fehlt. Wer wie verständigend  
kein erscheint es im Vergleich mit den phantastischen Biffen,  
mit denen unsere Arbeiterversicherung in ihren drei Zweigen  
— Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung — operiert.  
Die Schachanhäufung ist da schon auf 1 1/2 Milliarden  
gestiegen. Die Urheber unserer sogen. sozialpolitischen Gesetze  
haben die Renten und Unterstufungen nicht in gleicher Weise  
reguliert wollen, wie dies mit den Beamtenpensionen geschieht,  
die aus den laufenden Einnahmen bezahlt werden. Die Renten

der Arbeiterschaft sollen durch Anhebung von Reservefonds sichergestellt werden, wie dies bei Privatversicherungen geschieht. Nur mit dem Unterschied, daß die Arbeiter selbst nur den kleineren Teil dazu beitragen, während die Hauptlast auf das Reich und die Arbeitgeber fällt. So kann das Reich einmal bankrott gehen, seine Rentner sind gesichert! Auf diesen Einfall war noch keine Nation der Welt gekommen."

Wenn keine Nation der Welt auf diesen „Einfall“ gekommen ist, so darf das Deutsche Reich sich rühmen, den Opfern des Schlachtfeldes der Arbeit, die ihre gesunden Glieder im Dienste des Kapitals einbüßen, ein gewisses Existenzminimum für alle politischen Wechselfälle gesichert zu haben. Daß die deutsche Industrie diese „Bastion“, die um Grunde genommen nur einen Teil der Produktionskosten bilden, sehr gut übertragen kann, das zeigt das Ausfüllen derselben unter den Versicherungsgelehrten.

In verständnisvoller Wesenungsverwandtschaft greift die „Magdeburger Zeitung“ die Ritz der „Schlesischen Zeitung“ auf unter dem Stichwort: „Aus dem Reich der Phantasie“, und fügt aus eigener Initiative hinzu:

„Das Gesamtvermögen der deutschen Landesversicherungsanstalten, das als Garantie für die Alters- und Invaliditätsversicherung dient, beläuft sich am Ende des Jahres 1905 allein schon auf 1246 Mill. M. Wir weisen neulich darauf hin, daß dieses Rentenkapital, das dem Verkehr entzogen worden ist, wesentlich beiträgt zu der Geldknappheit, unter der wir leiden, und dabei nicht einmal den Vorteil bietet, einen namhaften Teil anderer an der Börse flottierenden Staatspapiere festzulegen. Von dieser 1 1/4 Milliarde sind nur drei Prozent in Reichsanleihen und elf Prozent in Staatspapieren angelegt. Das Reich hat im Jahre 1906 zu den Invalidenrenten 47,8 Mill. zugeworfen. Mit jedem Jahre steigt das noch. Nur 38 Mill. von den angekauften 1/4 Milliarde aber sind in Reichspapieren angelegt. Schon das Anstandsgefühl müßte unseren Sozialpolitikern gebieten, das Reich nicht bloß als mülhender Feind zu behandeln, nicht bloß einseitig auf den Vorteil unserer Arbeiterrenten zu denken, sondern auch ein wenig daran zu sorgen, wie das Reich bestehen soll."

Wie die 1/4 Milliarde angelegt ist, das steht im Einklang mit der einzelnen Landesversicherungsanstalt. Schlesien ist noch verhältnismäßig reich und staatslos mit 21 Proz. (über 12 Millionen) seines Kapitals in Reichs- und Staatsanleihen. Hannover hat von diesen Papieren nur 0,2 Proz., Posen soviel wie nichts. Ingenieur hat die Anstalt Hannover die Hälfte ihres Vermögens in Arbeiterwohnungen angelegt und dafür sogar das Subjekt amtlichen Sozialpolitikern genehmigt. Die arbeiterfreundliche Absicht ist nicht zu verkennen. Ob aber ein Finanzinstitut, das vor allem auf Festigkeit der Fundierung zu achten hat, sich verbietet für eine Kapitalanlage, die bei industriellen Zusammenbrüchen oder auch nur bei Besetzung großer Fabrikanlagen entwertet wird, das ist eine Frage, die sich nur nüchternen Menschen stellen.

Bei der Vermögensanlage in eigenen Grundstücken schießt die Landesversicherung Berlin mit 23 Prozent ihres Kapitals (über 16 Millionen) den Vogel ab. Schlesien hat nur 6 Proz. (1/4 Millionen) auf diese Karte gesetzt und sich doch mit Höhenpreise schon reichlich genug hineingeritten. Darüber sind wir uns doch endlich alle klar. Es gibt wohl keinen vernünftigen Schleier mehr, der jene Heilstättenanlage nicht als wirtschaftlichen Unfug betrachtet. Unser einziger, allerdings schon wieder ein wenig Berliner die Sache noch toller getrieben hat. Die Heilstätten in Berlin haben eine Kapitalanlage von 18 000 Mark, vier ebenfalls betriebene Orchestern zu je 12 000 Mark (man denke: für 48 000 Mark Drehschiffbau!) und eine Bodenanlage, die den Themen des Cataculta nachgebildet ist. Der Milliardenkauf, der über unsere Volkshäuser gekommen ist, steht an protestarischer Reichheit dem römischen Kaiserpalast nicht viel nach. Dies alles ist unter der wohlwollenden Aufsicht unserer Reichsbehörde, unter den Augen des Grafen Bismarck und seiner jetzt noch im Amte befindlichen Witte geschehen.

Die Tatsachen, die wir hier anführen, sind kein Geheimnis. Jeder kann sie sich aus den amtlichen Veröffentlichungen des Reichsversicherungsamtes und aus den Jahresberichten der Landesversicherungsanstalten herausfinden. Aber wer gibt sich davon Rechenschaft? Prüft man die angeführten Zahlen, so verlieren sie ihre amtliche Gravität und gestalten sich phantastisch märchenhaft, wie eine der schönen Sagen aus Rübezahl's Reich, oder wie ein Roman von den Marsbewohnern, verfaßt von Karl Dussow! Wenn uns das Märchengold nur nicht aus der eigenen Tasche gezogen würde. — Wohl oder übel müssen wir uns doch entschließen, da etwas näher zuzusehen, wenn unser deutsches Reich nicht ganz zu einem Reich der Phantasie werden soll."

Eine kritische Besichtigung unserer Versicherungsgelehrten ist wohl noch nicht dagewesen. Auch die Unternehmerrpresse hat bisher die Leistungen derselben als jenseitig anerkannt, und bei den verschiedensten Gelegenheiten reinnormiert man damit gegenüber dem Ausland. Wie wenig dies oft aus christlichen Herzen kommt, das zeigt die obige Epistel. Wir begnügen uns damit, diese Verurteilung des radikalsten Scharfmachers niedriger zu hängen, und umso mehr sie der Nachachtung anderer Kollegen bei der Agitation zu empfehlen. B.

## Rundschau.

### Änderung der Gewerbeordnung.

Wie die amtliche Berliner Korrespondenz mitteilt, ist dem Bundesrat der Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderung der Gewerbeordnung, zugegangen. Er enthält insbesondere Bestimmungen zur Ausfüllung der Berner Konvention über die Rechte der gewerblichen Arbeiterinnen und Vorarbeiten über die Rechte der gewerblichen Arbeiterinnen und Vorarbeiten über die Regelung der eintägigen a Höchstarbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen auf eine zehnstündige Dauer. Ferner wurden in ihm Bestimmungen zur Regelung der Hausarbeit getroffen.

### Die Fahrpreis-Ermäßigung

Die arbeitssuchende Person, die am 1. Juli in Kraft getreten ist, findet in der praktischen Handhabung Schwierigkeiten, weil die Ermäßigung nur für solche Personen gilt, denen eine Arbeitsstelle vor einem an den Verband deutscher Arbeitsnachweise angeschlossenen Arbeitsnachweise vermittelt worden ist. Bei der Regelung des Gesetzes über die Vermittlung der Arbeitsstelle durch eine öffentliche Arbeitsnachweise-Anstalt erheben sich Zweifel darüber, ob diese Anstalt zum Zwecke deutscher Arbeitsnachweise gehört und wie eine Verheimlichung darüber beizubringen ist. Das amtliche Organ des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, die Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“ veröffentlicht in der Nummer vom 15. jeden Monats des vollständigen Verzeichnisses aller angeschlossenen Arbeitsnachweise noch dem Jahresabschluss Ende. Die Nummer, einschließlich des Verzeichnisses, ist sowohl dem Verlage (Georg Reimer, Berlin W. 30) als auch durch jede Anstalt zu beziehen.

### Junger neue Schwindelfassen.

Die in den letzten Zeit viel besprochenen Schwindelfassen sind, deren „Kraut“, „Kraut“, „Kraut“...

„Aufsichtsrat“ usw. schließlich ins Gefängnis wandern mußten, werden doch immer neue Schwindelfassen gegründet. Da das Publikum auf dem Gebiete der Krankenversicherung durch die vielen Prozesse und öffentlichen Warnungen misstrauisch geworden, so versuchen gewisse Schwindler durch andere Verlockungen Leichtgläubige zu finden. So kann das Kaiserliche Aufsichtsrat für Privatversicherung in seinem vor kurzem erschienenen Jahresbericht für 1906 berichten, daß nicht nur auf dem Gebiete der Krankenversicherung, sondern auch auf anderen Gebieten Schwindelfassen vorkommen. Als Beispiel wird erwähnt, daß an einer Stelle der Versuch gemacht worden ist, eine „Pensionskasse“ zu errichten, in welche unterschiedslos alle Personen über 16 Jahre aufgenommen werden sollten. Die „Gründer“ waren völlig mittellos und erheblich vorbestraft. Auch eine „Versicherung gegen Stellenlosigkeit“ war auf vollkommen unsicheren Grundlagen aufgebaut und mußte vom Aufsichtsrat abgelehnt werden.

### Eigenartige Ansichten

über die ober-schlesischen Arbeiter verrät das „Ober-schlesische Tageblatt“, indem es schreibt:

„Man fasselt von einem allgemeinen Bergarbeiterstreik, der sich demnächst über ganz Oberschlesien erstrecken werde oder solle, und malte sich die Folge fürchtbar aus. Der muß den ober-schlesischen Arbeiter schlecht kennen, der sich so leicht ins Wodshorn jagen läßt. Die Handvoll Organisterei, also die Intelligenzen, machen den Kohl nicht fett, die übrigen, die Tausende und Abertausende, die träge, gleichgültig, engherzig, kumpf und kumpf den Vorgängen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet von weitem zusehen, die absolut kein Verständnis für die Macht, die Bedeutung und den Vorteil der Organisterei besitzen oder annehmen wollen — ach Gott, mit denen ist wahrhaftig kein Staat zu machen. Höchstens, daß sie in Kriegervereinen mit Gott für König und Vaterland Hurra schreien, bei Korant-Veranstaltungen kumpfsinnig Peronie zischen, allenfalls noch in den famosen, geschichtslosen, für die Arbeiterwelt so ungeheuer verderblichen Arbeitergesangsvereinen „Deutschland, Deutschland über alles“ brüllen können. Das sind unsere ober-schlesischen Arbeiter. Die sind von den Verwaltungen nicht zu fürchten. Wohl mögen sie befeuert und benebelt während ein paar Streiktage die ganze Welt aus den Angeln heben wollen; wenn sie sich aber ernüchtern in ihren kumpfen Huden an den Schädel schlagern, apportieren sie wie die Hunde, kriechen alsbald zu Kreuze, nehmen die Mühe unter den Arm und winseln wieder um Arbeit.“

Leider hat das Tageblatt in manchen der angezogenen Dinge recht, nur hätte es mehr den Ursachen derselben nachgehen sollen. Die jahrelange Rechtlosigkeit und gewalttätige Unterdrückung jeder freieren Bewegung unter der Arbeiterschaft Oberschlesiens ist es, die sie soweit hat sinken lassen. Da ist es eigentlich zu verwundern, daß es überhaupt noch welche darunter gibt, welche aus eigener Kraft vorwärts streben. Diese Organisterei, die Intelligenzen, wie sie das „Ober-schles. Tagebl.“ nennt, haben daher eine heilige Mission zu erfüllen, indem sie allerorts für Licht und Aufklärung sorgen, und jenen, welche in stumper Gleichgültigkeit dahingleben, den Glauben an sich selbst zurückgewinnen helfen. Hier gilt es vor allem, das Selbstbewußtsein zu heben und alle jene schädlichen Einflüsse auf die Arbeiterwelt zu bekämpfen. Es gibt hier ein großes Ethik-Erziehungswerk zu leisten, ebenso werden Kämpfe nicht umgangen werden können, um auch dem ober-schlesischen Arbeiter den gerechten Anteil an unseren Kulturgütern zu sichern.

### Geschmacklosigkeit des „Korrespondenten“.

In seiner Nr. 102 schreibt der „Korrespondent“, Organ des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes, in äußerst kleinlicher Weise über das Versammlungslokal des dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Gutenbergbundes in Leipzig folgendes:

„Ein christliches Gewerkschaftslokal nennen die Leipziger Gutenbergbündler die neuerdings von ihnen als Niederlassung erwählte Bauers Brauerei auf dem Ländchenwege. Die paar Duzend Bündler in Leipzig scheinen von komplettem Größenwahn befallen zu sein, denn Bauers Brauerei ist ein von allen Bevölkerungsklassen aufgesuchtes Restauration, in dem die unterschiedlichsten Vereinigungen tagen, u. a. auch der Leipziger Faktorenverein. Wenn die Bündler vielleicht aus dem Grunde ihr Vereinslokal nach Bauers Brauerei verlegt haben, um möglicherweise zu besseren Anschluß an die Faktore zu erlangen, so würden wir das begreiflich finden, weil das Äußerer bei den Bündlern von jeher die oberste Tugend ist. Aber ein christliches Gewerkschaftslokal aus Bauers Brauerei zu machen, ist nicht nur etwas, sondern sehr hart. Uebrigens, wir wissen nicht genau, in welchem Teile von Bauers Brauerei sie hausen. Es gibt nämlich auch einen — räumlich ziemlich getrennten — wo die Marke „Sonnenbrüder“ dominiert.“

Le die christlichen Gewerkschaften ihr Versammlungslokal zu nennen belieben, ist jedenfalls ihre Sache. Wenn aber der „Korrespondent“ die Gutenbergbündler in Zusammenhang mit Sonnenbrüder zu bringen versucht, so läßt dieses nicht auf eine sehr hohe Bildungstufe seinerseits schließen, und ist dieses eine gemeine Beleidigung. Wenn die „Korrespondent“-Redaktion „Sonnenbrüder“ kennen lernen wollen, dann sollen sie auf die Herbergen der sozialdemokratischen Gewerkschaftshäuser gehen, dort sind sie zu finden.

### Ein weiteres Geheimzirkular

von dem bekannten Strategen Anton Erkelenz, der sich aus eigenem Namen Dr. Fiedertrauch beilegt, findet neuerdings seinen Weg in die Öffentlichkeit. Es kommt zwar etwas spät, denn es wurde bereits im Mai 1906 an die Hirsch-Dunder'schen Vertrauensmänner verfaßt, aber gerade deshalb ist es umso interessanter. Nicht es doch aus der Zeit her, als Erkelenz noch nicht der allgütige Bewerber um die evangelischen Arbeitervereine war, ebenso auch mit seinen „jetzigen“ Kollegen den Generalratsmitgliedern Goldschmidt usw., welche seine empfohlene Kandidat als Spitzenkandidat bezeichneten, auf dem Kriegsfuß stand. Es läßt einen Blick tun in die inneren Kämpfe Hirsch-Dunder'scher Gewerkschaftsführer, wie sie selbst im Geheimen zugehen, was sie öffentlich ableugnen, nämlich die Unterdrückung der freisinnigen Parteien; daß sie nur eifersüchtig darüber wachen, daß nicht etwa die freisinnige Volkspartei von der freisinnigen Vereinigung — nationalsozialer Opposition — und umgekehrt, zu kurz komme. Und in dieser Eifersucht machen sie sich gegenseitig die gleichen Vorwürfe, wie das andere Arbeiterorganisationen den S. D. gegenüber tun, sie leugnen sich auch gegenseitig ab, wie sie das alsdann wieder in beiderer Weise ihren gemeinschaftlichen Gegnern gegenüber tun. Das ist wirklich lächerlich und belächelt die kümmerliche Situation, in der sich die S. D. befinden. Nachdem also „Dr. Fiedertrauch“ alias Anton Erkelenz die Mitglieder der Berliner Zentralleitung als „nationalsozialer Dummhänger“ bezeichnet hat, und sich gegen deren Vorstand, der ebenfalls westfälische Bauernvereinsverband vertritt die Interessen einer bestimmten Partei, schreibt er:

„Wir sind bisher auf alle diese Anpassungen nicht eingegangen, weil sie zu sehr den Charakter der Retourkutsche beizogen. — Wir haben früher mit Recht der Goldschmidt und seinen näheren Anhängern vorwerfen können, er vertritt in erster Linie die Interessen der freisinnigen Volkspartei — Nun sucht er sich zu rächen, indem er einfach von uns sagt, wir vertreten die Interessen einer andern Partei. Geht es ihm das allerdings nicht, und es ist ein Gerüst, das fünf Prozent Spiritus enthält. Wer wenn man solche Dinge immer unbeantwortet in die Welt gehen läßt, hat man ein Tages zu erwarten, daß unsere lieben Freunde von der Dummheit einfach sagen: Wir haben euch das so oftmals vorwerfen und ihr habt es nicht zurückgewiesen, ergo ist es wahr.“

Man hat bisher noch kein einziges Beispiel aufweisen können und noch keinen einzigen Beweis angeführt. Man kann das nicht, weil es solche Beweise nicht gibt. — Ob der König von Wittenberg soll ja schon gesagt haben: „Sage nur ruhig weiter, etwas bleib ja doch hängen.“ Wir müssen also von vornherein klären, wenn nicht einer der Geister, die mit Vergnügen die Behauptung aufstellen, wenigstens den Versuch macht, ein Beweis dafür anzutreten, daß man dann wider besseres Wissen Unwahrheit behauptet. — Also man führe uns nicht als Gewährsmänner immer nur die fünf Mitarbeiter eines „bakteriologischen“ und sauge nicht unrichtige Behauptungen an den Fingern.“

Das gewährt einen Einblick in die S. D. Geistesverfassung und läßt die geheimen Sitzungen des diesjährigen Verbandstages, die sich fast ausschließlich mit persönlichen Sachen der Führer beschäftigten, in einem besonderen Licht erscheinen. Die Zeit herrscht äußere Einheit infolge der Konzeption der reaktionären Dummhänger“, an die Revolutionisten unter Führung von Dr. Fiedertrauch.

Interessant in dem Geheimzirkular ist auch die Bemerkung über den „König von Wittenberg“ infolge, als Erklärung seinem Buch „Die neutralen Gewerkschaften“ tiefes Mitgefühl mit den evangelischen Mitglieder christlicher Gewerkschaften äußert wegen ungehöriger Angriffe auf die Person und den Reformator Luther, indem er schreibt:

„Was denken diese evangelischen Leute, wenn in den Publikationsorganen ihrer Gewerkschaft (?) gemeint sind damit ein Zentrumsgremium alles das was dem Prästentanten heilig, und schmächtigste herabgewürdigt wird?“

Galt man dem die eigene Bemerkung von Erkelenz entgegen, so kommt man zu dem überraschenden Resultat: Der Mann schreibt rechts, er schreibt links — je nachdem es zu seinen Zwecken paßt. Einer Erklärung über seine eigene Unschamtheit der „Katholik“ Erkelenz oder möglichst aus. In letzterem ist jedenfalls der Schlüssel für sein Rechts- und Linksstreben zu suchen. Als Mittelmann für evangelische Arbeitervereine dürfte der Spiritus von Dr. Fiedertrauch um einige Prozent im Preise sinken.

## Wirtschaftliche Bewegung.

Zugung fernhalten: Berlin, Maurer, Zimmerer, Fuhrer und Bauhilfsarbeiter, Kruschwitz, Maurer, Weiskenburg i. G., Aufsperrung Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter, Landeshöh (Maurer), Kragberg (Steinarbeiter), Gimmern (Zimmerer), Dagenau (Maurer), Neustadt, Westph., Zementfabrik Kollisch (Hilfsarbeiter), Eberfeld (Hilfsarbeiter), Sperre über die Firma Mümmenboller, Samenmittelschleusen, Kaufmann (Maurer und Bauhilfsarbeiter), Döppert (Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Goch (Maurer), Bochum (Sperre über Bingenfeld), E. a. d. Ruhr (Sukkatore, Sperre über Zwischenmeister, Feldner und Heinemann und Käs), Ruhrort, Sperre über die Firma Meyer, Dagen (Hilfsarbeiter), Sperre über den Postneubau, Gelfeld, Aufsperrung der Maurer, Bauhilfsarbeiter und Zimmerer, Säckingen und Murg (Maurer, Zimmerer, Säger und Bauhilfsarbeiter).

### Bezirk Münster.

Burgsteinfurt. Auch hier am Orte hatten wir versucht, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Der Lohn betrug hier für Maurer 36—40 Pf., für Stallener 44—46 Pf. pro Stunde. Gemeinschaftlich mit den freien Verbänden richtete wir unsere Forderung ein. Der Unternehmer Gottschalk, welcher hier allein in Frage kommt, lehnte jede Verhandlung und jedes Entgegenkommen rundweg ab. Der Herr stützte sich auf seine Stallener, welche nicht dem Verbands angegeschlossen waren. Wir mußten nun, um zu unserem Ziele zu gelangen, die Stallener für uns gewinnen; aber auch dies gelang nicht, trotzdem ein Landmann von ihnen besuchte sie aufzuklären. In einer gemeinschaftlichen Versammlung wurde nun auf Rat des Koll. Bunbrod unjenseits und des Koll. Peters-Dortmund, von freier Seite, beschlossen, vorläufig keine Schritte zu unternehmen, sondern zu versuchen, die Stallener weiter aufzuklären. Es wurde folgende Resolution angenommen. Die heutige Versammlung nimmt Kenntnis von dem prozenthaften Standpunkt des Unternehmers Gottschalk, der, trotzdem die Lohnkommission alles möglich versucht hat, die Lohnfrage auf friedlichem Wege zu regeln, sich auf keine Verhandlungen mit derselben einläßt. Die Versammlung verspricht, nicht eher zu ruhen, bis die Lohnfrage zu Gunsten der Arbeiter geregelt ist, um dieses zu erzielen, aber auf fest an der Organisation zu halten.“ Nun finden wir aber in Nr. 32 des „Grundstein“ einen Versammlungsbericht von Vorghor in dem es unter anderem heißt: „Es wurde beschlossen, die Forderungen, welche in Burgsteinfurt beim Unternehmer Gottschalk gestellt wurden, als unüberwindlich zurückzustellen. Es war über die gemeinschaftliche Lohnkommission zu fragen, die Forderungen zurückzusetzen. Wir werden uns dieses hinterlistige Vorgehen jedoch merken. Gleichzeitig gehen sie darauf aus, um jetzt die Mitglieder abzujagen; bei einem ist es ihnen gelungen, mehr werden sie aber wohl nicht bekommen. — Kollegen! Unsere Aufgabe muß es jetzt sein, energisch für die Organisation zu arbeiten, damit auch die Indifferenten, welche noch hier an Orte sind, dem Verbands zugeführt werden. Dann sind wir in der Lage, im günstigen Augenblick dem Unternehmer zu zeigen, daß er unsere berechtigten Wünsche anerkennen muß.“

### Bezirk Danzig.

Zoppot, 31. August. Für Abwechslung beim hiesigen Lohnkampf sorgen eifrig unsere Bauunternehmer. Da die vielen verlockenden Annoncen fruchtlos geblieben, indem auswärtige Arbeitswillige sich nicht einstellten, mußte ein anderes Mittel gesucht werden. Mit großem Kostenaufwand wurde ein Erbk Stallener herangezogen, welche zunächst die Maurer und Arbeiter ersehen sollen. Diese „zwei Sorte“, „Vadegäste“ erfreut sich der größten Aufmerksamkeit der Behörde, indem das Danziger Polizeipräsidium nicht bloß zu deren Empfang, sondern auch zum dauernden Schutz vier Schutzleute aus Danzig stationiert hat. Dieses Vorgehen der Arbeitgeber, welches große Erbitterung bei den kämpfenden Arbeitnehmern hervorrief, veranlaßte uns noch am Mittwoch, nachts 10 Uhr, eine Bauhandwerker-Versammlung abzuhalten, welche außerordentlich stark besucht war, sogar ein großer Teil Frauen hatte sich eingefunden; auch die Polizei war stark vertreten. — Kollege Müller, welcher Bericht erstattete, und in längeren Ausführungen das Vorgehen der Unternehmer scharf tadelte, weil dadurch die gegenseitige Erhellung gestört und der Friede immer mehr zurückgedrängt wird.

maßnahme zur größten Ruhe und Besonnenheit. Die 20 Mitglieder, die man zur Unterdrückung der hiesigen Steuerzahlervereine angeheuert, können 400-500 christlich organisierte Bauhandwerker nicht einschüchtern. Des Weiteren wurde das Resultat der inzwischen angebotenen Verhandlungen mitgeteilt, in dem der Arbeitgeber die kämpfenden Arbeitnehmer verhöhnen mit dem Angebot für Maurer 48, für Zimmerer 46, für Arbeiter 29-31, 33 Pf. pro Stunde; die Stunde am Sonnabend fällt weg. Der Tarif endet am 1. Juni 1908. Dieses Angebot rief eine lange stürmische Debatte hervor, und nur durch energisches Eingreifen konnte die Ruhe wieder hergestellt werden und das Vermittlungsangebot des Bürgermeisters bekanntgegeben werden, für Maurer 50, für Zimmerer 49, für Arbeiter 33-35 Pf. pro Stunde und am Sonnabend eine halbe Stunde eher Feierabend ohne Lohnabzug den Arbeitnehmern bot. Dies Angebot, sowie ein Kompromiß-Vorschlag des Kollegen Müller wurden ebenfalls einstimmig abgelehnt und beharrt die Versammlung auf der Forderung, die der Daziger Tarif enthält. Da die Arbeiter mit der Leistungsfähigkeit der Italiener nicht zufrieden sind, beschloß sie ihr Heil nochmals durch eine Annonce, in der die Maurer 48-50, die Zimmerer 47-49 und die Arbeiter 29, 31, 33 und 35 Pf. geboten wurden. Vermerkt ist diese Annonce noch mit folgender Drohung: „Sollten sich bis Donnerstag, den 29. August, nicht genügend Arbeitswillige gefunden haben, so werden wir noch mehr Italiener holen, und diesen heilige Arbeitnehmer für dieses Jahr keine Beschäftigung.“ Der Schwere muß durch diese Drohung den Arbeitern derartig die Beine gefahren sein, daß kein einziger fähig war, sich als Arbeitswilliger zu melden. Da winkt den Arbeitnehmern der 1. September mit der hier beginnenden Bautätigkeit.

**Verbandsnachrichten:**

**Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Beschlüsse sendet man sofort an die Redaktion des Fachblattes. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstage Vormorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.**

**München.** Alle Kollegen, welche zureisen, werden ersucht, Besuche nach Arbeit umschau halten, sich an den Arbeitsnachweis (Bureau), Kaiserstraße 118, I. Etage, zu wenden; letzteres geschieht mit Rücksicht auf eine geplante Firma, mit unserer Kollegen dort nicht in Arbeit treten.

**Dachau.**

**Berlin.** In der Sitzung vom 21. August erstattete der Kassierer, Kollege Thunert, den Kassenbericht für das zweite Quartal. Danach betrug die Gesamteinnahme 872,85 Mk. Die Kassenkasse hatte eine Einnahme von 303,60 Mk., dazu einen Bestand von 1120,20 Mk. gleich 1423,80 Mk. und eine Ausgabe von 1170,62 Mk., bleibt somit Bestand für das dritte Quartal 253,18 Mk. In dieser Ausgabe sind 993 Mk. Barausgaben zur Deckung der Ausgaben enthalten. Der Vorsitzende, Kollege Ringel, berichtete, daß sich die Schlichtungskommission endlich gebildet hat und besteht dieselbe aus fünf Arbeitgebern und fünf Arbeitnehmern. Von Arbeitgebern gehören dieser an C. May, D. Wagner, E. Schröder, H. Venniger und F. Gante. Von unserer Organisation P. Ringel und Guido Kaufmann. Von der „freien“ Organisation S. Gähner, C. Görny und P. Hahn. Es wurde noch erwähnt, daß der Kollege Ch. Weissenborn seinen Verpflichtungen dem Verbande gegenüber nachgekommen ist, was von anderen Kollegen bei der Firma Bär bis jetzt nicht der Fall ist. Hierauf hielt der zweite Vorsitzende unseres Verbandes, Kollege Schmidt, einen aufklärenden Vortrag über die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften, welcher allgemeinen Beifall fand. Die nächste Sitzung findet am 21. September statt und ist eine außerordentliche, worauf jetzt schon aufmerksam gemacht ist.

Die Versammlung war nicht so besucht, wie man erwarten sollte. Nachdem unter günstigen Bedingungen der Kampf auf 5 Jahre abgeschlossen, scheint ein Teil der Kollegen, die den Gewerkschaftsgebanen noch nicht begriffen haben, die besondere Gleichgültigkeit zu verfallen und Opfer zu bringen nicht mehr für nötig zu halten. Wollen wir uns dieserhalb nicht schämen, sondern bringen wir diesen Leuten das nötige Bewußtsein bei. Ein denkender und aufgeklärter Kollege ist von der Wichtigkeit der Gewerkschaft überzeugt und bringt gern die nötige Hilfe zur Erhaltung und Stärkung der Organisation mit. Was die Organisation für uns hier geschaffen, ist ein Bild auf die Arbeitsverhältnisse vor 20 Jahren, wo die tagelöhnerische Organisation noch nicht bestand. Damals 10-stündige Arbeitszeit und Lohn nach Belieben, natürlich nach dem Lohn der Arbeiter. Heute 8 1/2-stündige Arbeitszeit und ein Einheitslohn von 80 Pf. Der Stundenlohn ist seitdem um 20 Prozent gestiegen. Wollen wir diese Errungenschaften erhalten und weiter vervollkommen, dann dürfen wir nicht erlaffen, sondern immer mit neuer Energie weiter arbeiten und unsere und für die allgemeine kulturelle Hebung des Arbeiterstandes.

**Stuttgarter:**

**Bochum.** (Sozialdemokratische Vereinerung.) Sozialdemokratische „Stuttgarter“ bringt in seiner Nr. 34 einen Kassenbericht aus Bochum, woraus hervorgeht, wie tief die Lage der Bochumer Genossen gegen die bösen „Christlichen“ und zu welcher erbärmlichen Mitteln man seitens dieser Weltverbesserer greift, um dieselben zu bekämpfen und zu verkleinern. In dem genannten Bericht wird zunächst über die schwache Konjunktur berichtet, und dann festgestellt, wie die Unternehmer es meisterhaft verstehen, dieselbe für sich auszunutzen, indem sie den Tarif herabsetzen, hauptsächlich im Punkte „Auswärtige Vergütung“. Man wird darauf hingewiesen, daß die Unternehmer ihre Handlungsmittel in der letzten Schlichtungskommissionssitzung als rechtig bezeichnet hätten, indem sie glaubten, mit jedem einzelnen einen Vertrag abzuschließen zu dürfen. Darauf wird dann hingewiesen, daß die Vertreter der Christlichen stellen sich auf diesen Standpunkt. Einer behauptete sogar: Es könne von gar keinem Vertrag die Rede sein, wenn ein Kollege von dem Unternehmer die Alternative gestellt würde, entweder ohne Vergütung zu arbeiten oder zu gehen. Es sei doch immer die Wille des Kollegen maßgebend und nicht der des Unternehmers. Zum Schluß wird dann über die Borniertheit der Christlichen geschimpft. Wie liegt die Sache in Wirklichkeit? Ein Kollege, ein Holländer, der die deutsche Sprache noch nicht beherrscht, sagte in der Sitzung, wohl kann von keinem Vertrag die Rede sein, wenn der Unternehmer den Gehilfen die Alternative stellt, entweder ohne Lohnzuschlag zu arbeiten, oder zu gehen, denn der Mensch hat seinen freien Willen. Ich habe, so meinte er weiter, zwingende die Kollegen manchen Kollegen in der jetzigen flauen Zeit, auch ohne den tariflich festgelegten Lohnzuschlag zu arbeiten. Daß unser Kollege, der die deutsche Sprache noch denkwürdig nicht versteht, das eine oder das andere Wort nicht so klar ausgesprochen hat, läßt sich vermuten. Die roten Genossen: dieses aber aufzupacken, um den Christlichen einen Strich zu drehen, zeugt einmal davon, auf welchem Niveau dieselben stehen, und andererseits dient es uns als Beweis, daß die „roten“ Verleumder in großer Verlegenheit sind, uns mit rechten Waffen bekämpfen zu können. Wir können bei dieser Gelegenheit feststellen, daß die Genossen kein Bewußtsein haben, andere Leute zu kritisieren, auch nicht das Unternehmertum, denn sie sind es, die größtenteils gegen die Bestimmungen des Tarifs arbeiten. So arbeitete in Verthe der Kassierer der Roten nebst vier Genossen eine ganze Woche die Mittagspause hindurch. Genauso arbeitete der Kassierer der hiesigen Zahlstelle nebst einigen Genossen in Watten-

schweiß die Mittagspause hindurch. Dergleichen arbeitete der hiesige Kassierer in Ehrenfeld auf der Dierbergstraße pro Tag 12 Stunden, trotzdem vertraglich 9 1/2 Stunden festgelegt sind. Ja, derselbe zwang sogar den Verthe, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, 12 Stunden zu arbeiten. Wir wüßten noch mehr Fälle anzuführen, wo die Genossen den Tarif ignorierten, aber es wird dieses vorläufig genügen, denn wenn der Vorstand solche Fehler macht, so kann wohl jeder vernünftige Mensch annehmen, was dann die Mitglieder tun. Aus dem geschriebenen ist zu ersehen, daß die Genossen kein Recht haben, über die schlechte Konjunktur zu jammern, denn sie fördern dieselbe, und daß sie gut tun, sich den Grundlag zu merken: „Wer in einem Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen“.

**Münster.**

**Köln, 20. August.** Der Zentralverband Christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter hielt gestern abend in der „Krone“ eine öffentliche Versammlung ab mit der Tagesordnung: Was lehnen uns die letzten Kämpfe im Baugewerbe? Der Bezirksleiter Range führte aus, daß die Bauarbeiterorganisationen bei den vielen Kämpfen, besonders auch bei den größeren Ausprägungen in Mitteldeutschland 1904 und 1905 im rheinisch-westfälischen Industriegebiet 1906 stets als Sieger aus dem Kampfe hervorgegangen seien. Dadurch habe sich die Bauarbeiterschaft großen Einfluß verschafft. Die Frucht habe sich im vorigen Jahre besonders in Köln und Düsseldorf gezeigt. Hier haben die Arbeitgeberorganisationen eine friedliche Verständigung vorgezogen. Es sei sogar das Prinzip der 10stündigen Arbeitszeit für Westdeutschland durchgedrungen worden. Im Bergischen Lande dagegen haben die Arbeiter sich den Einfluß erst erkämpfen müssen. Vor dem Einigungsamt des Rh.-Westf. Vertrages in Essen sind eine ganze Anzahl Tarife auf friedlicher Grundlage auf dem Verhandlungswege abgeschlossen. Dieser Einfluß der Bauarbeiterorganisationen sei es auch gewesen, daß vor dem Berliner Kampf das Einigungsamt des Berliner Gewerbeverbandes einen vermittelnden Schiedsspruch gefällt habe, der allen Berliner Arbeitnehmern im Baugewerbe bei 9stündiger Arbeitszeit 31 Pf., 1908 wiederum 2 Pf. und 1909 weitere 2 Pf. zuerkannt habe. Leider hätte der durch die sozial. Hege in der Arbeitererschaft gezielte Kapitalismus hier die Leidenschaft über die Vernunft gehen lassen und den annehmbaren Schiedsspruch abgelehnt. Das sei besonders aus dem Grunde zu bedauern, weil dadurch das Ansehen der Arbeiterorganisationen Einbuße erlitten habe. Der Berliner Kampf habe in seinem Verlauf gezeigt, daß die radikalen Schreier zuerst zusammenstürzten und zu Streikbrechern wurden. Die Ordnungsmänner hätten als Streikbrecher pro Woche über 100 Mark herausgehunden, und der Zimmererverband habe diesen „Arbeitswilligen“ seine Mitglieder als Arbeitswillige zur Seite gestellt. Der Kampf werde die Arbeiterorganisationen annähernd zwei Millionen gekostet haben, und ob das Objekt einem solchen Aufwand entspreche, sehr fraglich. Die durch den Schiedsspruch zuerkannte Lohnsteigerung trete nun auch nicht ein. Das Unerschrockenste jedoch sei, daß die bisher verbreitete Ansicht der Unbegreiflichkeit der Bauarbeiterorganisationen einen sehr schweren Stoß erlitten habe. Der Berliner Kampf habe gezeigt, was für einen Schaden die sozialistisch-materialistische Erziehung anrichten könne. Nach einem Berichte des „Stuttgarter“ (Organ des sozial. Stuttgarterverbandes) sollen auf 100 Streikende 53 arbeitswillige Maurer gewesen sein. Nachdem die Nachricht von dem Ausfall des Berliner Kampfes eintraf, berichtete kurz nachher die Presse, daß auch der Kampf in Erfurt, wo nur die Genossen beteiligt waren, ebenfalls mit einer Niederlage der Arbeiter beendet sei. Dazu käme, daß auch die Zimmerer in Düsseldorf mit ihrem Kampfe heringefallen sind. Gegen den Willen des christlichen Verbandes habe der sozial. Zimmererverband den Düsseldorf Streik einfach aufgehoben und seine Mitglieder in die besten Stellen geschoben. Die Düsseldorf Zimmerer seien eben den Berliner genossen geopfert worden. So habe der Berliner Kampf der Aktionkraft der Bauarbeiterorganisationen einen Stoß versetzt. — Nebenher kam auf den Münchener Kampf zu sprechen. Hier hatte der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter das Heft in Händen. Dieser habe sich nicht eher ergeben, bis er den Sieg an seine Fahne geheftet habe. 17 Wochen hätten dort die Kollegen stramm gestanden. Dabei sei zu berücksichtigen, daß die Kollegen noch nicht zwei Jahre dem Verbande angehören und Wachen im äußersten Westen eine Grenzstadt von Holland und Belgien ist. Durch den Tarifabschluß habe der christliche Verband den Mindestlohn in Wachen innerhalb fünf Jahren um 20 Pf. pro Stunde gesteigert. Viele Mitglieder der „freien“ Verbände traten in Wachen dem christl. Verbande bei. Die sozial. Verbände dürften diesen Erfolg selbstverständlich nicht gelten lassen, und daher schreibe die „M. B.“ von christlichen Gewerkschaften als „billiger Jakob“. Die christliche Organisation habe durch den Münchener Kampf bewiesen, daß dieselbe leistungsfähig ist und ihre Mitglieder zu kämpfen verstehen. Die christlichen Gewerkschaften versuchten erst alle Mittel, um mit den Arbeitgebern sich in Frieden zu verständigen und betrachteten den Streik nur als letztes Mittel. Wenn es dann aber zum Kampfe komme, so stehen sie fest und diszipliniert. Zum Schluß erwähnte Redner, sich geistig zu schulen, sich über alle Vorgänge zu orientieren, aus den letzten Kämpfen zu lernen und Disziplin zu wahren. Es müsse dahin kommen, daß die christlichen Gewerkschaften die Führung übernehmen können; deshalb soll ein jeder mit neuem Mut in die Agitation eintreten. In der Diskussion sprachen sich alle im Sinne des Referenten aus. Mit einem begeisterten Hoch auf die christliche Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

**Mün.** Unsere Notiz in Nr. 34 der „Baugewerkschaft“, wonach Herr Lüttgen vom „freien“ Bauarbeiterverband zu dem ersten Polier M. am Neubau der Bionierkaserne gesagt habe, „die christlichen Faulenzer halten sie hier und unsere Leute, die den ganzen Tag müssen und schuften, werden entlassen.“ Ist dahin zu berichtigen, daß nunmehr der betr. Polier M. im Beisein von Lüttgen und des Artikelschreibers erklärt, daß nicht Herr Lüttgen, sondern ein anderer freizorgener Bauhilfsarbeiter, der mit zu den Entlassenen gehörte, diese Verurteilung getan hätte. Es liegt hier lediglich Personenverwechslung vor. Die Tatsache jedoch, daß der betr. Ausdruck gefallen ist, bleibt bestehen.

**Ossendorf (Kr. Warburg).** Schon zum zweitenmal ist die Zahlstelle Ossendorf errichtet. Ging die Zahlstelle sechs Wochen nach Gründung im Februar 1907 wieder ein, so war der Grund in der Interesslosigkeit der Kollegen zu suchen. Dieselben brachten der neugegründeten Ortsgruppe nicht die notwendige Unterstützung entgegen. Die Kollegen selbst waren aus dem Schlafe nicht aufzuwecken, und so ging die Zahlstelle ein. Ein Umschwung vollzog sich aber, als die Kollegen von Warburg in eine Wohnbewegung eingetreten waren, die mit Erfolg durch Tarifabschluß beendet wurde. Genauso gelang es den Kollegen in Scharfede, einen zweijährigen Tarif abzuschließen, und zwar mit bedeutenden Verbesserungen. Durch diese Vorgänge kam auch wieder Leben in die Kollegen von Ossendorf. Vor ungefähr sechs Wochen wurde daher die Zahlstelle neu gegründet, und mit Eifer wurde die Agitation betrieben, denn der Ansporn war durch die Verhältnisse gegeben. In Scharfede verdienen die Kollegen bei zehnstündiger Arbeit mehr als in Ossendorf und Kumbach bei elfstündiger. Diese Ertragsunterschiede wurden mit Mißgunst von den Arbeitgebern beobachtet. Ganz besonders tut sich hierin der Unternehmer Reimeyer in Kumbach hervor. Derselbe hat sich aufhebend die Aufgabe gestellt, die Organisation im Keime zu erstickern. Um diesen Zweck zu erreichen, ist ihm jedes Mittel recht. So entließ er den Kollegen Joh. Renne mit der Motivierung, derselbe hätte die

Genke aufregelegt. Dadurch glaubte er die Kollegschaft einschüchtern. Die Kollegen ließen sich aber nicht abschrecken, sondern blieben treu. Dieses paßte dem Unternehmer Reimeyer nicht und er suchte nach weiteren Entlassungsgründen, und er fand einen. Der Kollege Stuhlbreiter brachte nämlich fünf zwei Kollegen des Verbandsorgan mit zur Arbeitsstelle. Dieses hatte der Unternehmer gesehen und entließ den Kollegen sofort. Das ist nackte Unternehmerbrutalität, und wo bleibt hier das Solidaritätsrecht der Arbeiter? Kollegen von Ossendorf und Kumbach, laßt euch durch solche Maßnahmen nicht abschrecken, sondern bleibet der Organisation treu, damit wir durch vereinte Kraft diesen Unternehmerstandpunkt brechen. Wenn die gegenwärtige flaute Konjunktur von den Arbeitgebern benutzt wird, um gegen die Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter vorzugehen, so müssen wir stets rüsten, damit wir im geeigneten Moment eingreifen können, und darum fort mit der Menschenfurcht. Werbet unablässig für den Verband und der Unternehmer Reimeyer muß durch die Solidarität gezwungen werden, die berechtigten Forderungen der christlichen Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter anzuerkennen. Nur mit Ausdauer läßt sich dieses erreichen. Stärkt die Reihen und steht fest zur gerechten Sache.

**St. Ingbert.** (Nachmal christlicher Terrorismus.) In Nr. 34 des „Grundstein“ wird nochmals versucht, aus den Vorkommnissen in St. Ingbert einen christlichen Terrorismus herauszubredeln. Der Artikelschreiber hat es sich sehr leicht gemacht, er stellt eben nur Behauptungen auf und der christliche Terrorismus ist fertig, trotzdem eine öffentliche Versammlung in dieser Angelegenheit Klarheit geschaffen hat. Da aber der „Grundstein“ Berichterstatter allem Anschein nach etwas schwer von Begriff ist, erlauben wir uns, ihm folgende Fragen vorzulegen, und soll er seine Behauptungen beweisen: 1. Wann, wo, wie, oder auf welche Art hat uns der Herr Pfarrer in der Agitation unterstützt, damit die 28 Freien übergetreten sind? 2. Wo und von wem ist von christlicher Seite der Antrag gestellt worden. Unternehmer Hellenthal möge die beiden Berliner entlassen? 3. Aus welchem Grunde sollte ein derartiger Antrag gestellt worden sein, da in St. Ingbert doch auf fast allen Bauten „Christliche“ und „Freie“ beisammen arbeiten? Oder wurden die „Berliner“ bloß aufgeföhrt, dem christlichen Verbande zu helfen? 4. An dem Bau arbeiteten fünf Christliche, zwei Freie und die zwei Berliner. Wenn im „Grundstein“ behauptet wird, der eine von den beiden Freien sei schon zur Zeit des Vorkommnisses Mitglied des christlichen Verbandes gewesen, so muß man doch annehmen, daß man dieses auf jener Seite genau weiß, möge man uns also den Tag des Eintritts angeben! Wir sagen, es ist gelogen. Wenn man versucht, den anderen Genossen als indifferent hinzustellen, so ist dieses ja eine bequeme Sache, wir sind der Überzeugung, daß selbst die roten Maurer diesen Kohl nicht glauben, denn die beiden haben sich als Mitglieder des freien Verbandes bekannt, und hatten auch Bücher vom freien Verband, und haben auch, so gut sie es eben konnten, die Sache des freien Verbandes den Christlichen gegenüber vertreten. Indifferent machen bekanntlich so etwas nicht. In der Anfrage im „Grundstein“, ob auch dann die Christlichen der Bruchtreue wegen Terrorismus geübt hätten, wenn die zwei Berliner Mitglieder des christlichen Verbandes gewesen wären, diene folgendes: In der öffentlichen Versammlung erklärte einer der sieben, es war Kollege Luz, folgendes: Den ganzen Sommer knüpften wir die Fundamente herauszuschlagen, dann kamen andere und machten die Bausteinarbeiten. Als wir diesen Bau angefangen haben, sagten wir uns, daß wenn solches hier wieder vorkäme, wir alle fortgingen; weiter fügte er hinzu, ob es Kollegen vom freien Verband oder vom christlichen Verbande oder Kollegen aus meinem Heimatorte gewesen wären, wir hätten nicht nachgelassen, eine solche Behandlung waren wir satt. Also trotz aller Anstrengung der Genossen will der Terrorismus nicht recht klappen, der Glorienschein, den man so gerne um die Häupter der roten Märtyrer winden möchte, wird von den Christen unbarmherzig heruntergeholt. Nun zu dem Bewußtseinszwang an dem Kirchenneubau zu St. Ingbert. Daß der Herr Pfarrer dort zwei freie Maurer dazu bewogen hat, in den christlichen Verband einzutreten, trifft zu. Daß er dieses getan hat, war sein gutes Recht, mindestens ebenso gut, als wenn die Genossen an einem Bau einen Christlichen zu „überreden“ suchten. Die beiden Maurer sind nach Angabe des Pfarrers recht brave Männer, die sich noch vollkommen auf dem Boden des Christentums befinden, und nur durch die heuchlerische Agitationsweise der Genossen in den freien Verband, also an die verkehrte Adresse gekommen sind. Als der Herr Pfarrer diesen Leuten auseinandersetzte, daß der Maurerverband sozialistisch sei, daß der „Grundstein“ das Vorhandensein eines Gottes leugnet, daß der Maurerverband der materialistischen Weltanschauung hulldige, daß der „Grundstein“ das Christentum als ein Märchen hinstelle, daß durch den Maurerverband die Lehre verbreitet werde, der Mensch sei im Urzustand ein affenartiges Wesen, also noch nicht einmal ein rechter Affe gewesen, u. a. m., war es gar nicht mehr nötig, mit Entlassung zu drohen, was übrigens überhaupt nicht geschehen ist. Die beiden sind übergetreten, weil ihnen zum Bewußtsein gekommen ist, daß die Worte Böhmewurds „Uns trennen zwei Weltanschauungen“, auch für sie Bedeutung haben. Nebenbei bemerkt, fühlen sich die beiden recht wohl in christlichen Verbänden, und das ist die Hauptsache, mögen noch recht viele dem Beispiele dieser beiden folgen. Dem Pfarrer aber unsern besten Dank für seine Aufklärungsbemühungen, hoffentlich findet dieses bei den Geistlichen beider Konfessionen Nachahmung. Wenn nun aber der „Grundstein“ in seiner blöden Art von Bewußtseinszwang usw. redet, und daß sie (die Genossen) für ihre Gewerkschaftshäuser, an denen bekanntlich nach „echt toleranter sozialdemokratischer Sitte“ kein Christlicher arbeiten darf, die Mittel von ihren Anhängern zusammenbrachten, so ist das ein Aufheben, der bekanntlich nichts trifft. Fast alle von den sozialdemokratischen Verbänden zu uns Uebertretenden haben Nammarken, Gewerkschaftshäusermarken usw. aufgebrennt erhalten. Wie viele Taufende haben uns schon geklagt, ja wir würden so gern zu euch übertreten, aber ihr wißt ja, wie es ist; wollen wir Arbeit und nur einigermaßen Ruhe behalten, so sind wir gezwungen, dort zu sein, und denen unsere Beiträge zu opfern, die uns direkt mit denselben bekämpfen. Sogar unter Lüge und Schwindelei hat man den Arbeitern das Geld aus der Tasche gelockt, indem man sich für etwas anderes ausgab, als man wirklich ist. Und wo Lüge und Schwindelei nicht mehr helfen, dann rohe Gewalt. Dafür hat man sich auch den Titel „menschenfreundliche Partei“ angelegt, und mit Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit wird um sich geworfen, als ob es ein Artikel des billigen Jakobswortes wäre. Aber das alles ist echt sozialdemokratischer Gewissensfreiheit, sie kennt nämlich keine andere, als ihre eigene. Ganz besonders schlau scheint der „rote Seraphim“ aber auch nicht zu sein, denn sonst müßte er wissen, daß glaubenstosen Genossen ja jederzeit der Weg, aus der Kirche auszutreten, freisteht. Warum ziehen sie diese Konsequenzen nicht? Lassen aber die „Menschenfreundlichen“ das gleiche zu? Keineswegs, ein christlicher Mann hat zu wählen zwischen der christentumsfeindlichen „freien Gewerkschaft“ oder Rot und Glend. Und da reden wir in dem Gedankenrang des „Grundstein“: „Wenn jene dann leiden der Rot gehorcht, des schönen Mammons wegen zu Geuchtern gezwungen werden, dann sind sie plötzlich aufgeklärte Lichtgestalten geworden, deren Kellegeklapper wie Engelsmusik in den Ohren der höchsten Herrschaften der roten Kajazzo's klingt.“ Nun müssen sie auch willig zahlen. Wir schließen auch mit den Worten des „Grundstein“: „Derartige Gewissenszwang, wie er bei den Sozialdemokraten und deren Gewerkschaften üblich ist und mit brutaler Gewalt auch durchgeführt wird, überlassen wir denen, die ohne solchen nicht auskommen können.“ Sie transit gloria mundi (so endet der Buch dieser Welt)

**Quisburg-Mühlort.** Well er einmal der Wahrheit die Ehre nicht gehen kann, vielmehr moogelt wo gemogelt werden kann, versucht er, nämlich der Genosse Behrens, seines Reichens Weimer des roten Maurerverbandes, in Nr. 24 des „Grundstein“ seinen Feindern, von uns bereits widerlegten, Verlautbarungen erneut Verweiskraft dadurch zu verschaffen, indem er nach dem Grundsatze handelt, wo du nichts beweisen kannst, mußt du lügeln im Deuten sein. Er gibt auch einen guten Ratsschlag, indem er meint, wenn Schneider schwindeln wollte, sollte er es so einrichten, daß es niemand merke. Wir lehnen diesen Vorschlag hartnäckig ab, wenn Behrens sich bereits in demselben so eingelebt hat, daß er nicht mehr anders kann, so ist das seine Sache. Darnach wird ja auch sein ganzes Geschwätz von unseren Kollegen beneidet. Kurz wollen wir dem „famosen“ Statistiker Behrens einiges vorhalten. In Nr. 28 des „Grundstein“ reißt Genosse B. von 300 Mitgliedern, die am „Orte“ arbeiten, also in Müls, wo die Versammlung stattfand. Unsere in Müls, und das haben wir ausdrücklich hervor, aufgenommene Statistik ergab 403 Maurer und davon waren 294 im christlichen Verband organisiert. Mit Recht hoben wir hervor, wo die 188 (irrtümlich standen in der „Baugewerkschaft“ 162) Maurer, welche täglich 10 Stunden arbeiteten, herkommen sollten, da nach unserer Statistik ja nur 109 rote Maurer insgesamt vorhanden waren, und nun gar erst die 300, mit welchen in Müls umhergeworfen wurde. Nun deutet Genosse Behrens unsere Bekanntmachung von „Müls“ in eine Folge von dem „Gebiet“ Homberg-Müls um und sagt schnell: Von 748 im Gebiet „Homberg-Müls“ gezählten Maurern waren 396 im Zentralverband und 351 im Christlichen. Als Beweis führt er dann noch zum Ueberfluß an, daß er in den Baustellen Homberg-Müls 4207 Marken gleich 2672,20 Mark umgelegt habe. Zunächst hätte der „offene“ Behrens sagen müssen wie weit er das Gebiet „Homberg-Müls“ ausdehnt; Johann hätte Behrens, der „Rechenkünstler“, aus unserer in der gleichen Nummer der „Baugewerkschaft“ bekanntgegebenen Abrechnung ersuchen können, wie unsere Mitgliederzahl im Gebiet Homberg-Müls stand. Wollte er das? Ach was, sonst hätten ja seine eigenen Mitglieder den Schwindel bemerkt. Den Rat, den Schwindel so zu betreiben, daß es niemand merkt, befolgte er hier getreulich selber. Und so wollen wir ihm denn vorhalten, daß wir in Müls allein 3211 Marken abgelegt haben, somit auf pro Kopf der von uns angegebenen 294 Mitglieder annähernd 11 Mark, was in Folge derjenigen, welche im Laufe des Quartals neu beigetraten, also nicht voll bezahlt, einem natürlichen Verhältnis entspricht. Und das gleiche Verhältnis, Genosse Behrens, besteht ja auch nach seiner Abrechnung für Homberg-Müls. Wenn unser Gesamtverhältnis der Beiträge auf pro Kopf sich etwas ungünstiger stellt, na denn Genosse Behrens, eben wegen der zahlreichen Beiträge in den letzten Wochen des Quartals, und auch, wie wir selbst bemerken, eine Anzahl der Mitglieder mit ihren Beiträgen im Rückstande war. Auch hätte der „ehrliche“ Behrens von seiner angegebenen Zahl von 351 Christlichen im Gebiet von Homberg-Müls, auf die von uns insgesamt angegebene Zahl der verkauften Marken von 6871 Stück gleich 4284,15 Mark schließen können, daß seine „famose“ Statistik ein Witz, und zwar ein sehr großes, haben müsse. Auf heftigere Schläueit lassen also die Rechenkunststücke eines Behrens nicht schließen. Darnach bewerten sich auch seine anderen Ausführungen. Bei Baumann in Marzloh wollen die Genossen diejenigen sein, welche für die Einzahlung der Arbeitszeit sind. Wir wollen den Herren Genossen Behrens höflich erwidern, sich bei dem Polier genannter Firma zu erkundigen, er wird ihm bestätigen, daß die beiden Esenlopp, Müllers, des roten Verbandes, welche zuerst die Müls mit den Christlichen aufsuchten, daß diese gerade heute mit Vorliebe 12 Stunden arbeiten. Auch mit der Firma Peter hat Behrens kein Müls, denn wenn er einmal am Pflücken war, warum denn auch nicht den Satz: „Die übrigen, welche dort noch arbeiten, sind nicht mehr im christlichen Verband“. Und dem entspricht auch die Berufentilgung des „Schiffes“! Genosse Behrens, wenn wir wirklich hätten sein wollen, wozu kann diese Bekanntmachung? Auf das übrige Gemäch des Baugewerkschafts Behrens einzugehen, erschröpft sich. Nur noch eine Frage: Wenn Genosse Behrens vom Zentrumsverband reden will, dann soll er uns beweisen: 1. Wann und wo sind die christlichen Gewerkschaften für die Zentrumsparlei eingetreten? 2. Wann und wo haben die christlichen Gewerkschaften die Zentrumsparlei mit Geldmitteln unterstützt? Wir erwarten von Genossen Behrens, wenn er sich nicht als offenkundiger Schwindler blamieren will, auf diese Fragen eine ausführliche Antwort.

**Beitrag.** (Mehr Arbeiterschulz) Unsere Unternehmer jammera gar oftmals wegen der hohen Kosten, die ihnen durch die Arbeiterversicherung aufgebürdet worden sind. Ob derartige Klagen berechtigt sind oder nicht, darüber wollen wir nicht streiten. Sicher ist, daß viele Unternehmer einen wesentlichen Teil der Schuld tragen, daß diese Kosten so hoch sind. Man beachte z. B. nicht, daß die Versicherung der Unfallversicherung, welche sie tragen müssen, werden dadurch bedeutend gemindert. Bei den Unternehmern, welche gegenwärtig in Borken bauen aufhören, scheint man derartige Erwägungen nicht zu berücksichtigen. Mit freudigem Vergnügen werden dort die Unfallversicherungsbedingungen außer acht gelassen. Es werden keine Schutzscheite aufgeführt, es erfolgen keine Walfen- und Treppenhandschutten, bloß so viel wird abgedeckt, daß die Arbeiter gerade knapper Not stehen können. Auch die Bauhubs sind in einem sehr schlechten Zustand; sie sind mangelhaft und rußanber, gleichen schon oftmals eher einem Stall, und reichen in vielen Fällen kaum für den dritten Teil der Arbeiter. Auch Verbandsstoffe sind meistens gar nicht, oder in schlechtem Zustande vorhanden. In der letzten Zeit haben sich einige schwere Unfälle ereignet, die in der Hauptsache verschuldet wurden, weil man die Unfallversicherungsbedingungen außer acht gelassen hat. Wenn die Herren Unternehmer keine Rücksicht nehmen wollen auf Leben und Gesundheit der Arbeiter, dann mögen sie doch Rücksicht nehmen auf ihren Geldbeutel, indem sie sich bestreben, die Unfälle zu verhindern, um dadurch an den Versicherungsbeiträgen zu sparen. Mangelhaft ist dieses Gement wirksamer, als der Hinweis auf moralische und sittliche Pflichten. Von der Höhe kann man aber verlangen, daß sie Leben und Gesundheit möglichst zu schützen sucht. Die Arbeiterschulzbestimmungen und Unfallversicherungsbedingungen geben hierzu Handhabe genug. Der nachgebrachte Bescheid kann man den Bescheid der Nachlässigkeit nicht erparen. Wiederholt hat man seitens der christlich organisierten Bauhandwerker eine Abklärung der Mißstände gebeten, trotzdem es bis heute noch nichts geschehen.

**Kiel.** Am 18. August fand unsere regelmäßige Mitglieder-versammlung statt. Das Referat hatte der Vorsitzende vom Ortsrat übernommen. Redner gab zunächst ein Bild des Aufwands und der Entwicklung der Arbeiterbewegung in den 60er und 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Als in den genannten Jahren zur Gründung der Arbeiterorganisationen geschritten wurde, erfolgte gleich darauf die erste Beschäftigung in den sozial. Seite unter Führung d. Schwabers die Fortschrittler unter Führung Dr. Max Gutsch von der Gründung ausgeschlossen wurden. Dr. Max Gutsch gründete daraufhin in Berlin die christlichen Gewerkschaften. Der Grund für die erste Beschäftigung war also nicht parteipolitischer Natur. Als man in den folgenden Jahren die „Freien“ immer mehr auf ihre soziale, die sozialistische Weltanschauung überließ und unter dem Joch der Partei trugen, da konnten die christlich und national gesinnten Arbeiter, wenn sie nicht Verräter an ihrem eigenen Ziele werden wollten, die rote Sache nicht mehr mitmachen und es erfolgte die Gründung der christlichen Gewerkschaften. Gestir-

nach 11 Jahren haben sie sich so entwickelt, daß jede Gewerkschaft ihr eigenes Jahrbuch hat, sowie auch annähernd 200 Beamte zählt. Dieses zeigt uns, daß die christlichen Gewerkschaften bestrebt sind, die Lebenslage der Arbeiter zu verbessern und sich nach deren Wünschen zu handeln. Es war auch nicht die Weltanschauung allein, die zur Gründung der christlichen Gewerkschaften führten, sondern indem die „Freien“ die Interessen der Arbeiter sehr oft schände vertieten. Hier wies der Redner auf den Werftarbeiterverein in Flensburg, Solingen, Elektrizitätsarbeiterverein in Berlin und den Bauarbeiterverein in Kiel hin. Aus allen diesen Niederlagen verleihe die „freie Gewerkschaft“ Siege zu konstruieren. Europäin hat auch in Ostasien immer geiegt, aber nur so lange, bis das russische Volk erwachte. Ebenso wird auch das deutsche Volk erwachen, und dann daraus seine Konsequenzen ziehen. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden schloß der Redner seinen lehrreichen Vortrag. In der Diskussion sprachen die Kollegen Segelst und Wandloch im Sinne des Referenten. Bauarbeiter „Kiel“ wie lange wollt ihr euch von den „Freien“ ins Schlepptau nehmen lassen? Seht heute nach Stuttgart hin und ihr werdet sehen, wohin der Kurs geht: „Partei und Gewerkschaften sind eins und werden es bleiben.“ Christliche Arbeiter, gebt den roten „Volksbeglückern“ den Laufpaß und hinein in den christlichen Bauhandwerkerverband, der stets für die Interessen der Arbeiter eingetreten ist.

**Steinarbeiter.**  
**Dieringhausen.** (Steinarbeiterkonferenz.) Am 26. August fand hier selbst eine Konferenz der im Oberbergischen Gebiet liegenden Baustellen statt. Vertreten waren die Baustellen Bindlar, Frielingsdorf, Remshagen, Martenheide, Wehl und Buchholz (Westerwald). Außerdem nahm an der Konferenz die Baustelle Gimmershag teil. Nicht vertreten waren die Baustellen Bielefeld, Nümbrecht und Hartegasse. Zweck der Konferenz war, eine einheitliche und systematische Agitation einzuleiten und zu entfalten. Aus dem Bericht der Delegierten ging hervor, daß eine flotte Konjunktur vorhanden ist, und daher der Lohn eine Steigerung erfahren hat. Da der Lohn augenblicklich ein guter sei, interessierten sich die Steinarbeiter nicht so sehr für die Organisation. Von den großen Idealen der christlichen Gewerkschaften wären die meisten Kollegen noch nicht durchdrungen und orientiert. Daß man sich jetzt rüsten müsse, um bei einer weniger guten Konjunktur Lohnabgabe mit Erfolg verhindern zu können, daran dachten viele nicht, weil sie ohne Interesse in den Tag hineinleben. Die Agitation soll einheitlich und systematisch in Angriff genommen werden. Zwecks Anberaumung der Versammlungen und Zuführung von Rednern sollen sich die Baustellen an den Kollegen Aug. Haas in Altenrath b. Bindlar wenden. Das ganze Gebiet soll in nächster Zeit zu einem Interessengebiet zusammengefaßt werden, um so die gemeinsamen Interessen besser wahrnehmen zu können und den notwendigen Einfluß zu gewinnen. Lebhaftige Klage wurde darüber geführt, daß der Gewerbeverein der Bergarbeiter noch immer unter den Steinarbeitern agitiert und so die Stolz- und Agitationskraft der Steinarbeiter unterbindet. Um der niedrigen Beiträge willen verbleiben noch immer mehrere Steinarbeiter im Gewerbeverein der Bergarbeiter. Auch sehen viele die Organisation nur als einen Unterstützungsverein an; die eigentliche ernste Gewerkschaftsarbeit ist ihnen vollständig fremd. Vom Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter, welcher 75-80 000 Mitglieder zählt, wäre es sehr kleinlich, noch unter den Steinarbeitern zu agitieren. Hier müßte der Gesamtverband einmal ein deutsches Wort sprechen, damit die in Frankfurt beschlossene Resolution, wonach die Steinarbeiter dem Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Baugilfarbeiter zugeführt werden sollen, auch respektiert wird. Man sollte meinen, auf Grund der Resolution müßten Grenzstreitigkeiten um die Steinarbeiter ausgeschlossen sein. Aber nicht nur der Gewerbeverein, sondern auch der „Nichtgewerbliche“ legen sich über die gemeinsam beschlossene Resolution hinweg. Mögen die verantwortlichen Stellen sich doch darüber klar werden, daß sie selbst jede Disziplin untergraben. Einige Delegierte brachten zur Sprache, daß sich viele Steinarbeiter, welche was verkehrter Sparfameit sich nicht organisierten, Abmont auf die Zeitschrift „Nach Feierabend“ geworden wären. Ein Agent habe in dem engeren Gebiet in kurzer Zeit 400 getapert. Der Bezirksleiter Lange ermahnte die Delegierten, daß es ihre Pflicht sei, die Kollegen über die Zeitschrift „Nach Feierabend“ aufzuklären. Es sei kürzlich noch an Gerichtsstelle festgestellt, daß, wenn der Verleger von „Nach Feierabend“ eines guten Tages sein Geschäft einstelle, sämtliche Abonnenten ihre 20 Pf. pro Woche ohne jeden Anspruch verlustig gehen. Eigentlich schade, daß den Ueberschläuen dies nicht einleuchtete, aber die einfache Menschenpflicht gebietet uns, daß wir die Kollegen warnen. (Anm. d. Red.: Soweit uns bekannt ist, reklamieren die Bergarbeiter nur diejenigen Arbeiter für sich, welche der Knappschafstasse angehören, und steht der Hauptverband auf dem Standpunkt, jegliche Agitation unter anderen Verufen für den Bergarbeiterverband zu unterlassen. Es könnte sich also nur um die Agitation unverantwortlicher Elemente handeln. Auch bei dem nichtgewerblichen Verbands ist eine Änderung eingetreten, indem in der letzten Zeit einige Baustellen von Bauarbeitern übergeführt wurden. Hoffentlich kommen die Steinarbeiter auch bald, denn das ist ja auch nur das einzig vernünftige. Die Kraft, die der „Nichtgewerbliche“ auf die Steinarbeiter, welche doch nicht auf die Dauer dort verbleiben, verwendet, ist viel besser für solche Berufe angewandt, die ihm dauernd verbleiben. Und jeder Streitigkeit ist dadurch die Spitze abgebrochen. Wir überlassen die Angelegenheit der Entwicklung der Sache selbst. Vor allem ist Hauptforderndes, kaltes Blut dabei bewahren, denn jede unnötige Aufregung ist hier von Uebel, das haben wir lehrlich erst gesehen.)

**Baunfälle.**  
**Rön-Hippes.** An der neuen Hofkirche hier selbst arbeitete unser Kollege, der Dachbeder Franz Stolle. Als derselbe am Freitag, den 22. August, von einem Gerüst längst der Leiter heruntergehen wollte, hielt er sich an einem Brett fest, welches aber kippte, wodurch Kollege Stolle auf ein sechs Meter tiefer liegendes Dach stürzte. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo der Arzt einen Bruch des rechten Fußgelenkes feststellte.  
**Speersfeld.** Am Samstag, den 24. August, gegen 7 1/2 Uhr morgens, verunglückte der bei dem Baunternehmer Müge am Neubaus des Beamten-Wohnungs-Bereichs hier selbst beschäftigte Maurer Heinrich dadurch, daß beim Legen einer massiven Treppe die Schräge, auf der die Treppe aufgebaut und welche aus Zementbeton hergestellt war, nachbrach. Heinrich wurde zwei Meter tief mit in den Keller gerissen und eine niederstürzende Zementstufe fiel ihm auf den rechten Fuß. Der herbeigerufene Arzt stellte einen Knochenbruch fest und ordnete die Ueberführung in das Krankenhaus an. Als ein Wunder ist es anzusehen, daß zwei mitläufige Stufen auf der über ihm fünf Zentimeter vorstehenden Widerlage der Mauer hängen blieben, die sonst den Unglücklichen gerettet hätten. Der mit Heinrich arbeitende Maurer Wiegand konnte sich durch einen Sprung seitwärts retten.

**Bekanntmachungen.**  
Als besterred war gemeldet die Buch-Nr. 26 068 lautend auf Michael Gledes von der Verwaltungsstelle Trier.

**Zahlstelle Forchheim.**  
Unser Verbandslokal befindet sich bei Joh. Körber, Wirtschaft, Wiesenstraße. Mitgliederversammlungen jeden zweiten Sonntag im Monat statt.  
J. Adam Kraus, 1. Vorsitzender, Kirchenstraße.

**Bezirk St. Johann-Saarbrücken.**  
Für Sonntag, den 29. September, vormittags 10 Uhr rufen wir mit Zustimmung des Zentralvorstandes in das Christliche Gewerkschaftshaus Markt, St. Johannerstr. 88 (eine W vom Bahnhof Saarbrücken) eine

**Bezirks-Konferenz**  
ein.  
Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte:  
Unsere Entwicklung innerhalb des Bezirks. Agitation. ratung über Verwaltungsstellen. Statut. Verändertes.  
Jede Verwaltungsstelle ist berechtigt, auf je 50 Mitglieder einen Delegierten zu entsenden. Die Kosten haben die Verwaltungsstellen zu tragen.

**Der Bezirks-Vorstand.**  
J. A. P. Drenkel, Bezirksleiter.

**Quittung.**  
Für die Hinterbliebenen unseres verunglückten Kollegen Thaller sind weiter eingegangen:  
Von der Zahlstelle Remscheid . . . . . 11,— M.  
„ „ „ Köln a. Rh. . . . . 6,05 „  
„ „ „ Alfladen . . . . . 7,— „  
„ „ „ Oberhausen (Mheinland) 18,80 „  
„ „ „ München . . . . . 15,— „  
„ „ „ Münster . . . . . 8,50 „  
Summe: 75,85 M.  
Hierzu den bereits mitgeteilten Betrag von 57,10 M. ergibt eine Gesamtsumme von 122,95 M.  
Allen Geben herzlichen Dank im Namen der Hinterbliebenen mit kollegialen Gruß.  
Franz Breitenhuber,  
Vorsitzender des christlichen Gewerkschafts-Partells Rostenburg, Hofmannstraße 8.

**Abrechnung vom Streik der Maurer, Zimmerer und Arbeiter in Menden und Fröndensberg.**

Einnahmen:	
Von den örtl. Einnahmen für die Zentralkasse verwendet	Summa
Ausgaben:	
An Streikunterstützungen	
Reiseunterstützung an abgereiste Streikende	
Für Fortschaffung Zugereister	
„ Porto und Schreibmaterial	Summa

Menden, den 20. Juli 1907.  
Die Richtigkeit beglaubigt:  
Die Streikleitung:  
Leop. Fed. Paul Hipp.

**Abrechnung vom Streik der Maurer und Hilfsarbeiter in Schwelm.**

Einnahmen:	
Von den örtl. Einnahmen für die Zentralkasse verwendet	Summa
Ausgaben:	
An Streikunterstützungen	Summa

Schwelm, den 24. Juli 1907.  
Die Richtigkeit beglaubigen:  
Der Revisor:  
Th. Säuschen.  
Die Streikleitung:  
Wilh. Arndt.

**Abrechnung vom Streik der Steinarbeiter in Westere.**

Einnahmen:	
Aus der Zentralkasse	Summa
Ausgaben:	
An Streikunterstützungen	
„ die Hauptkasse zurück	Summa

Die Richtigkeit beglaubigen:  
Die Revisoren:  
G. Kirsh. Fr. Wider.  
Die Streikleitung:  
A. Bartholome. J. Heine.

**Verammlungskalender.**  
Freiburg i. Br. Sonntag, den 8. September, vorm. 10 Uhr. Generalversammlung. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen notwendig.  
München (Steinarbeiter). Sonntag, den 8. September, 15 Uhr, Versammlung, im Hotel Wormsall. Mitgliedschaft sind mitzubringen.

**Sterbetafel.**  
Am 18. August starb unser Mitglied Julius Wiedel, Zahlstelle Danzig (Hilfsarbeiter).  
Am 1. September starb unser treues Verbandsmitglied und Mitbegründer unserer Zahlstelle Jakob Peter im Alter von 82 Jahren an Lungenentzündung.  
Verwaltungsstelle Siegen.  
Ehre ihrem Andenken!

**Achtung! Zahlstelle Altenessen.**  
Donnerstag, den 12. September, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung. In derselben erscheint Bezirksleiter Koch. Das Erscheinen jeden Mitglieds ist Ehrensache!  
(1,90) Der Vorstand

**Achtung! Herford.**  
Freitag, den 18. September, 7 Uhr, Generalversammlung in Herfords Kurhaus.  
Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es notwendig, alle Kollegen erscheinen.  
Der Vorstand

**Achtung! Verwaltungsstelle Silbeshelm.**  
Sonntag, den 15. September, nachmittags 8 Uhr, öffentliche Gewerkschaftsversammlung im Ev. Vereins (Zugel). Wichtige Tagesordnung.  
Ortsrat der christlichen Gewerkschaft